



Protokollauszug zum WIRTSCHAFTSAUSSCHUSS

am Dienstag, 08.11.2022, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Sachmittelzuschuss für den Verein Ludwigsburg
International - Internationale Partnerschaften
Ludwigsburg e.V.

Vorl.Nr. 372/22

Beschluss:

Der Verein „Ludwigsburg International – Ludwigsburger Partnerschaften e.V.“ erhält ab 2023 erstmalig und zunächst für fünf Jahre bis 2027 einen städtischen Zuschuss in Höhe von 7.000 Euro pro Jahr zur Einrichtung einer Geschäftsstelle. Der Zuschuss steht im jeweiligen Haushaltsjahr unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushaltsplans.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

Der neue Partnerschaftsverein Ludwigsburg International e.V. ist 2021 gegründet worden, führt OBM **Dr. Knecht** ein. Er begrüßt einige Vorstandsmitglieder des Vereins in der Sitzung. Er berichtet von der Unterzeichnung der Partnerschaftsurkunde zwischen dem Landkreis Ludwigsburg und der Provinz Bergamo am Vortag und erinnert an die feierliche Begründung der Städtepartnerschaft zwischen den Städten Ludwigsburg und Bergamo vor einigen Wochen. Europa werde in der gegenwärtigen Situation wichtig wie nie und besonders das bürgerschaftliche Engagement sei ein essentieller Baustein in der Pflege der internationalen Beziehungen. Der Verein Ludwigsburg International sei ein eigenständiger Verein und arbeite eng mit der Stadt zusammen.

Die **Vertreter** von Ludwigsburg International e.V. sehen den Verein als Bindeglied zwischen den Akteuren. Das Preisgeld der Auszeichnung des Bundespräsidenten für die Projekte zwischen

Ludwigsburg und Bergamo seien für die Arbeit der Jugendbürgerräte genutzt worden. Über Schüleraustausche hinaus will der Verein die Kontakte von Kindern und Jugendlichen stärken. Er berichtet über die kürzlich stattgefundenen Aktivitäten mit den Partnerstädten Caerphilly in Wales, St. Charles in den USA, Bergamo in Italien, Montbéliard in Frankreich und Nový Jičín in Tschechien. Der Verein begleite die Aktivitäten der Stadt und trage sie in die Bürgerschaft hinein. Es wird eine Geschäftsstelle des Vereins geben, die mit einer Mitarbeiterin besetzt wird.

TOP 1

Sachmittelzuschuss für den Verein Ludwigsburg
International - Internationale Partnerschaften
Ludwigsburg e.V.

Vorl.Nr. 372/22

Stadtrat **Prof. Vierling** zufolge versetze der städtische Zuschuss den Verein in die Lage, die Arbeit aufzunehmen und die Kontakte zur Bürgerschaft zu ermöglichen, denn die Stadt könne das nicht allein leisten. Die Intensivierung der Kontakte sei bereits ein erstes Ergebnis. Seine Fraktion stimme gerne dem Zuschuss zu.

Die sehr engagierten Ehrenamtlichen des Vereins bauten eine Brücke zur Verwaltung und zur Stadtgesellschaft, so Stadträtin **Dr. Klünder**. Wichtig sei besonders, die Jugend an Europa heranzuführen. Der Zuschuss an den Verein sei sinnvoll.

Stadtrat **Raasch**, Stadtrat **Maier** und Stadtrat **Haag** befürworten ebenfalls den städtischen Zuschuss.

Abschließend dankt OBM **Dr. Knecht** im Namen des Gremiums dem Verein und seinem Engagement und stellt die Beschlussvorlage 372/22 zur Abstimmung.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf. Einleitend führt er aus, dass Ludwigsburg im Nachhaltigkeitsrat deutschlandweit als Positivbeispiel gewürdigt worden sei.

Es erfolgt ein Bericht durch einen **Mitarbeiter** des Fachbereichs Organisation und Personal anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift). Er stellt einzelne Beispiele für die nachhaltige Beschaffung vor.

Stadtrat **Bauer** lobt die Aktivitäten der Stadtverwaltung im Bereich Nachhaltigkeit, dies komme schließlich künftigen Generationen zugute. Er fragt, wie die Produktkreisläufe beachtet werden. Er findet gut, dass Ludwigsburg als Vorbild wahrgenommen wird. Aus seiner Sicht seien Kommunen Vorbild für die Wirtschaft. Er fragt, ob eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit bei der Beschaffung möglich sei, und hat Nachfragen zu Schulstühlen und Recycling-Beton.

Das vorgestellte 3-Säulen-Modell und die Aktivitäten bei der nachhaltigen Beschaffung werden von Stadträtin **Dr. Klünder** hervorgehoben. Manche Bereiche wie Nutzfahrzeuge seien spannende Anwendungsfelder. Sie erkundigt sich nach der Kostennachhaltigkeit.

Stadtrat **Dengel** lobt die guten Entwicklungen in der nachhaltigen Beschaffung.

Stadtrat **Maier** findet den Aspekt der Nachhaltigkeit bei der Beschaffung und der Entsorgung wichtig. Die Vernetzung mit den Akteuren und anderen Kommunen sei hilfreich. Das Engagement der Stadt sei lobenswert und es sei wert. Er fragt, ob festzustellen ist, dass die Cradle-to-Cradle-Standards günstiger werden, wenn sie vermehrt und von mehr Institutionen angewandt werden.

Die Arbeit wird von Stadtrat **Haag** lobend gewürdigt und er fragt nach den Auswirkungen auf Baukosten, insbesondere bei Schulbauten.

Der **Mitarbeiter** des Fachbereichs Organisation und Personal antwortet auf die Fragen. Produktkreisläufe einzubeziehen sei das Ziel, an dem man arbeite. Einsparungen werden durch wirtschaftliches Handeln erzielt, indem der gesamte Produktzyklus betrachtet wird. Bei den Schulstühlen sei man in Kontakt mit Herstellern für geeignete Nachnutzungen. Die Organisationseinheit betreue die Vergaben nach VOL; Bauausschreibungen nach VOB hätten andere rechtliche Anforderungen. Die Preisentwicklung entspanne sich nach dem Anstieg hoffentlich bald.

Der **Fachbereichsleiter** Organisation und Personal ergänzt, dass Rahmenverträge günstiger als Einzelkäufe seien. Eine interkommunale Zusammenarbeit sei wünschenswert. Man verfolge bei der nachhaltigen Beschaffung das Ziel, dass je mehr Nachfrager dafür vorhanden sind, dann umso bessere Angebote durch Firmen gemacht werden.

OBM **Dr. Knecht** dankt für die Rückmeldungen und spricht seinen Dank für die geleistete Arbeit aus.

Beschlussempfehlung:

1. Der Fachbereich 15 Digitale Transformation und IT – derzeit verortet im Dezernat I – wird zum 01.01.2023 in das Dezernat III eingegliedert.
2. Der Fachbereich 33 Bürgerdienste - derzeit im Dezernat II verortet – wird zum 01.01.2023 in das Dezernat III eingegliedert.
3. Das Dezernat III wird ab 01.01.2023 die Bezeichnung ändern, welche im Dezernat noch erarbeitet und dann dem Gemeinderat im Dezember 2022 zur Beschlussfassung vorgeschlagen wird. Die davon betroffenen Vorschriften der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung der Stadt Ludwigsburg und ihrer Gremien werden dabei angepasst.
4. Bei den organisatorischen Änderungen (1.+ 2.) werden die dazugehörigen Stellen, das Personal sowie die Kostenstellen mit den entsprechenden Finanzmitteln in das Dezernat III übernommen.

Zur Kenntnisnahme:

5. Die Stabstellen Öffentlichkeitsarbeit und Gremien, Wirtschaftsförderung und das Justizariat werden zum 01.01.2023 als Fachbereiche im Dezernat I installiert.
6. Die neuen Fachbereiche Wirtschaftsförderung und Recht werden bei Ausscheiden einer der beiden Leitungen, spätestens jedoch zum 01.01.2026 zum neuen Fachbereich Wirtschaft und Recht im Dezernat I zusammengeführt.
7. Als Ordnungsnummern wurde für den Fachbereich Öffentlichkeitsarbeit und Gremien die 13, für Fachbereich Wirtschaftsförderung 80 und für Fachbereich Recht 30 vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** ruft den Tagesordnungspunkt 3 auf und stellt den Inhalt der Beschlussvorlage 386/22 vor. Es sei der dritte Baustein der Weiterentwicklung der Organisationsstruktur, bei dem hauptsächlich der Wechsel der Fachbereiche 15 Digitale Transformation & IT sowie 33 Bürgerdienste zum Dezernat III zu beschließen ist. Der Fachbereich 15 werde somit mit den

TOP 3

Weiterentwicklung der Organisationsstruktur –
Dezernatswechsel des Fachbereichs 33
Bürgerdienste und des Fachbereichs 15
Digitalisierung und Informationstechnik
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 386/22

anderen Service- und Dienstleistungsfachbereichen Bürgerdienste sowie Sicherheit und Ordnung in einem Dezernat gebündelt. Vor allem für die Fachbereiche Nachhaltige Mobilität sowie Tiefbau und Grünflächen stehen viele Projekte der Digitalisierung an. Für die Umstrukturierung seien fachliche Argumente ausschlaggebend. Die erfolgreiche Arbeit der Fachbereiche und der Dezernate soll weitergeführt werden. Die weiteren Punkte der Umstrukturierung, die in der Zuständigkeit der Verwaltung liegen, seien dem Gemeinderat zur Kenntnis in der Vorlage aufgeführt.

Stadtrat **Schreiber** signalisiert Zustimmung zum Vorgehen, das aus seiner Sicht viele Vorteile biete.

Bei der Verwaltungsgliederung hat Stadtrat **Herrmann** Vertrauen in die Verwaltungsspitze. Wichtig sei für ihn, dass mit der Umstrukturierung keine zusätzlichen Stellen einhergehen. Er fragt, ob die Umwandlung der Stabsstellen in Fachbereiche Höhergruppierungen beinhalte. Mit künftig 19 Fachbereichen und 1 Referat sei die Verwaltung gut strukturiert. Die Befassung der Ausschüsse mit den Themen der Fachbereiche variere je nach Bedeutung für die Stadtentwicklung. Er spricht sich dafür aus, nach der nächsten Kommunalwahl die Ausschussstruktur zu evaluieren.

Das Dezernat III werde nun ausgelastet, so Stadtrat **Dengel**. Bei der Einrichtung des dritten Dezernats vor drei Jahren sei dies der Einwand der Freie-Wähler-Fraktion gewesen.

Stadtrat **Maier** zufolge steht seine Fraktion hinter den Änderungen. Er ist gespannt, wie sich die Änderungen auf die Sitzungsdauer des Mobilitäts- und Umweltausschusses auswirke.

Stadtrat **Haag** betont das Vorrecht der Verwaltung bei der Organisationsstruktur.

Stadtrat **Prof. Vierling** fragt nach der Arbeitsfülle für Leiter des Dezernats III, nach der Mitarbeiterzahl in den umgewandelten Stabsstellen, und nach der inhaltlichen Begründung deren Umwandlung.

OBM **Dr. Knecht** führt aus, dass die Umwandlung der Stabsstellen in Fachbereiche eine höhere Wahrnehmung für die Themen bedeute. Eine Erhöhung der Gehälter sei damit nicht verbunden. Der neue Fachbereich Recht habe ca. 10, der Fachbereich Wirtschaftsförderung 7, der Fachbereich Öffentlichkeitsarbeit und Gremium 17 Mitarbeiter. Die Aufgaben werde Bürgermeister Mannl als Leiter des Dezernats mit Begeisterung meistern. Es werde eine vergleichbare Verteilung der Aufgaben der Dezernate mit der Aufgabenwahrnehmung nach innen und außen ermöglicht.

OBM **Dr. Knecht** lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen und schließt im Anschluss
Protokollauszug Wirtschaftsausschuss 08.11.2022

den öffentlichen Teil der Sitzung.

Beratungsverlauf:

Siehe gesonderte Niederschrift zum Betriebsausschuss Tourismus & Events am 08.11.2022.